

Das „Soziale Europa“ ist Jahresthema 2010

Richtige Zeichen zur richtigen Zeit

2010

Europäisches Jahr
zur Bekämpfung von
Armut und
sozialer Ausgrenzung

Die Steiermark übernimmt im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung eine Vorreiterrolle. So hat der zuständige Soziallandesrat Siegfried Schrittwieser zahlreiche Maßnahmen in diesem Bereich gesetzt. Und die Stadt Graz will alle Institutionen und Nichtregierungsorganisationen in ein „Aktionsprogramm gegen Armut“ einbinden.



Landeshauptmann-Stellvertreter Siegfried Schrittwieser ist als Sozialreferent für steirische Aktivitäten im „Europäischen Jahr zur Bekämpfung der Armut und sozialen Ausgrenzung 2010“ verantwortlich. In der Steiermark haben dazu etliche Initiativen Projekte vorbereitet. Auf europäischer Ebene sollen die steirischen Leistungen im Oktober im Rahmen der „Open Days“ der Europäischen Union in Brüssel und Graz präsentiert werden.

Der Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung gehört zu den wichtigsten Zielen der europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten. So lebt ein bedeutender Teil der EU-Bevölkerung in Not. Diese Situation steht im Widerspruch zu den europäischen Werten der Solidarität und sozialen Gerechtigkeit. „Laut Prognosen wird der Arbeitsmarkt weiter mit den Folgen der Krise zu kämpfen haben, wir müssen einem Anstieg der Arbeitslosenzahlen offensiv entgegentreten“, so Soziallandesrat Siegfried Schrittwieser. Deshalb hat das Sozialressort ein umfangreiches Maßnahmenpaket geschnürt: Mit dem Projekt „JobConnect“ soll die Jugendarbeitslosigkeit bekämpft werden. Bewerbungstrainings und bedarfsorientierte Zusatzqualifikationen, gekoppelt mit einem Lohnkostenzuschuss für Unternehmen, sind Inhalt dieser Initiative, um junge Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Das Projekt „Bildungskarenz plus“ baut auf dem bestehenden Instrument der Bildungskarenz auf. Dadurch

ist es den Unternehmen möglich, bewährte MitarbeiterInnen – auch bei sinkender Auslastung – an das Unternehmen zu binden und während dieser Karenzzeit weiterbilden zu lassen. Das Ausbildungspaket, welches das Land Steiermark zusammen mit dem AMS fördert, unterstützt benachteiligte Lehrstellensuchende. Und mit der Ausbildungsinitiative schafft das Land zusätzlich weitere 340 Ausbildungsplätze. Das Land unterstützt auch Unternehmensstiftungen, um sicherzustellen, dass bei einem größeren Personalabbau rasch und zielgerichtet Qualifizierungsmaßnahmen gesetzt werden, falls die betroffenen MitarbeiterInnen nicht sofort am Arbeitsmarkt vermittelbar sind. So können sich für die ArbeitnehmerInnen neue Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt eröffnen. Positive Nachrichten gibt es in diesem

Zusammenhang auch aus Brüssel zu vermelden: Mit rund 5,7 Millionen Euro unterstützt der EU-Globalisierungsfonds (EGF) gekündigte ArbeitnehmerInnen aus der steirischen Automobilbranche. Eine Weiterqualifizierung und somit eine Re-Integration in den Arbeitsmarkt ist das Ziel. Im ersten Halbjahr 2010 ist dieser Thematik eine Regionalkonferenz in Graz gewidmet. PolitikerInnen, VertreterInnen der Sozialpartner, NGOs, ExpertInnen aus Österreich und den EU-Mitgliedstaaten sollen dabei regionale Strategiepläne gegen Armut und soziale Ausgrenzung entwickeln.



Auszeichnung als Auftrag

Johannes Steinbach

Erlauben Sie heuer zum Jahresbeginn einen Rückblick. Als vor einem Jahr zum ersten Mal der „europe report“ erschien, standen wir am Beginn des „Europa-Wahljahres 2009“. Die Europa-Fachabteilung des Landes hatte eine Serie von Informationsveranstaltungen vorbereitet, um – objektiv und auch kritisch – die steigende Verantwortung des Europaparlaments darzustellen. Bis zum Wahltermin im Juni ging es mit Hochdruck. Wir hatten (und das ist keine Anspielung auf irgendwelche Zeitungstitel!) unser „EU-Theater einer anderen Art“. Es ging um heiße Themen wie Energiepolitik, Migration, Brüssel-Bürokratie, Mitbestimmung. Der „messbare Erfolg“ – die Wahlbeteiligung war in der Steiermark leicht gestiegen – zeigte sich am Wahltag. „Naja, umsonst war's nicht“, lauteten bescheidene Kommentare unter Kolleginnen und Kollegen. Ein halbes Jahr später weckte dann ein kurzes E-Mail aus Brüssel Emotionen: Das Land Steiermark erhält Von der Vereinigung der Regionen Europas (VRE) den „Communicating Europe Award 2009“ in der Kategorie „Informationen zur EU-Wahl“ zugesprochen! Ganz persönlich: Für mich klang dies wie „Ihr seid Europameister!“, gehören doch dieser Vereinigung 270 Regionen an. Aber, bleiben wir am Boden. Die Auszeichnung steht allen zu, die mitgewirkt haben – insgesamt an die hundert engagierte Partner; bei den Diskussionen „EU – (k)Ein Ungeheuer“, beim Europatagsfest, bei EU in Schulen und bei Medienproduktionen. Ein großes Danke an alle!

Die Auszeichnung ist auch ein Auftrag, das Thema „Wir sind Europa“ weiter zu tragen. Und da gibt es – trotz des steirischen Wahljahres 2010 – positive Zeichen: So unterstrichen die Bürgermeister der zum Jahresende gekürten „EU-aktivsten steirischen Gemeinden“ die Bedeutung Europas. „Wir sind und bleiben selbstverständlich eine Europastadt“, sagte etwa Bernd Rosenberger aus Bruck an der Mur. Und Jürgen Winter aus Schladming hob die völkerverbindende Rolle des Sports im Friedensprojekt Europa hervor. Das gibt Kommunikatoren ebensoviel Auftrieb wie der Blick auf die noch inoffizielle Liste der transnationalen EU-Projekte des Programms „Central Europe“: Steirische Institutionen – wie SFG, ICS und Abteilungen des Landes wie Verkehr und Wasserwirtschaft, stehen da ganz an der Spitze der bewilligten Projekte. Dies ist wohl eine Garantie dafür, dass wir Europameister bleiben!



Der Ausschuss der Regionen – hier bei einer Arbeitssitzung im Rahmen der „Open Days“ in Brüssel – muss seit Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages mit neuen EU-Rechtsakten befasst werden. (Foto: AdR)

Rechte für Regionen

Der Lissabon-Vertrag stärkt seit vergangenen Dezember die Rechte der Regionen in der Europäischen Union. Bei künftigen EU-Gesetzesvorlagen müssen die Kompetenzen von Gemeinderäten und Landtagen berücksichtigt werden und sie vorab in umfangreichen Konsultationen gehört werden.

Die EU muss seit 1. Dezember 2009 mit jedem Gesetzesvorschlag auch eine Analyse seiner finanziellen und administrativen Auswirkungen auf die Regionen und Gemeinden vorlegen“, betont Stefan Börger, der in der Fachabteilung Europa und Außenbeziehungen für Europarecht verantwortlich ist. Der EU-Ausschuss der Regionen erhält demnach als „Sprachrohr der Gemeinden und Regionen in Brüssel“ weitere Rechte und stärkt dadurch seine Stellung gegenüber den anderen EU-Institutionen. Das Land Steiermark ist dort durch Landeshauptmann Mag. Franz Voves bzw. dessen Stellvertreter Hermann Schützenhöfer vertreten. Der Ausschuss der Regionen kann neue EU-Rechtsakte, die seiner Meinung nach das Subsidiaritätsprinzip verletzen, vor dem Europäischen Gerichtshof anfechten. Der Lissabon-Vertrag stärkt auch die beratende Rolle des Ausschusses: So muss er in Zukunft nicht nur von der Kommission und dem Rat, sondern auch vom Europäischen Parlament konsultiert werden. Passiert dies nicht

ausreichend, kann er den Gerichtshof einschalten. Darüber hinaus wird dem AdR gemäß dem neuen Vertrag das Recht eingeräumt, von allen drei Institutionen in neuen Politikbereichen, beispielsweise Energie und Umweltschutz, angehört zu werden. Zusätzlich zur erstmaligen Verankerung des „territorialen Zusammenhalts“ als grundlegendem Ziel der Europäischen Union und der Anerkennung des kommunalen und regionalen Selbstverwaltungsrechts sieht der Lissabon-Vertrag auch eine verstärkte Subsidiaritätskontrolle durch nationale und regionale Parlamente mit Gesetzgebungsbefugnissen (Landtage) vor. „Die europäische Gesetzgebung wird demnach in Zukunft weitaus stärker auf die Bedürfnisse der europäischen Bürger und ihrer gewählten kommunalen und regionalen Vertreter eingehen müssen. Durch den Vertrag von Lissabon werden die Anliegen der Bürger im Alltag Europas sichtbarer – was gleichzeitig dazu führen wird, dass auch Europa im Alltag seiner Bürger sichtbarer wird“, heißt es in einer Information des AdR.

Info-Termine: Lissabon-Vertrag und die Steiermark

Montag, 11.1.2010, 19.00 Uhr
Graz, Landhaus-Rittersaal:
„EU und Sport – was regelt der Lissabon-Vertrag?“ mit Michael Trinker (Bundessportorganisation).
Eine Veranstaltung der Sport-Fachabteilung 12C Bitte um Anmeldungen: fa12c@stmk.gv.at

Mittwoch, 13.1.2010, 14.00 Uhr
Graz, Info-Center, Burgring 4:
„europe direct“ Info-Veranstaltung zum Lissabon-Vertrag und zur EU-Präsidentschaft Spaniens.
Eine Veranstaltung der FA1E – „europe direct“-Steiermark.
Anmeldung: fa1e@stmk.gv.at

Zusammenwachsen durch EU-Projekte im Herzen Europas



Das Land Steiermark kann an drei Programmen der so genannten „Europäischen Transnationalen Zusammenarbeit 2007–13“ teilnehmen: Südosteuropa, Alpenraum und Zentraleuropa. Als erfolgreichster Bereich stellt sich „Zentraleuropa“ heraus, wo die Steiermark bei 14 der heuer 37 bewilligten Projekte dabei ist. Im März 2010 soll der nächste Aufruf ausgeschrieben werden, wo es um 60 Millionen Euro geht. Dies ist Anlass für eine Zwischenbilanz und einen Ausblick.

Am Projekt „Central Europe“ sind 62 Regionen in acht EU-Mitgliedstaaten beteiligt: Polen, die Tschechische Republik, Slowakei, Deutschland, Italien, Österreich, Slowenien und Ungarn. Bisher wurden 66 Vorhaben (Volumen: 139 Mio. Euro) genehmigt. Die Förderbereiche betreffen Innovation, Verkehr, Umwelt und Wettbewerbsfähigkeit von Städten und Regionen.

Die Steiermark bei Central 2013

Erster Aufruf: Sieben Projekte (Gesamtvolumen rund 16 Mio. Euro) mit steirischer Beteiligung haben vor einem Jahr begonnen. Dazu gehören vier Umweltprojekte: „Cleaner Production Austria“ ist daran genauso beteiligt wie die ARGE Abfallvermeidung, das EU-Regionalmanagement Oststeiermark und die HBLA Raumberg. Im Bereich Innovation sind das Gründer- und Servicezentrum Fürstenfeld sowie die Uni Graz zusammen mit dem Verein Steirische Eisenstraße beteiligt. Die Stadt Graz und die TU arbeiten schließlich bei einem Projekt zum Thema Wettbewerbsfähigkeit durch Public-Private-Partnerships mit.

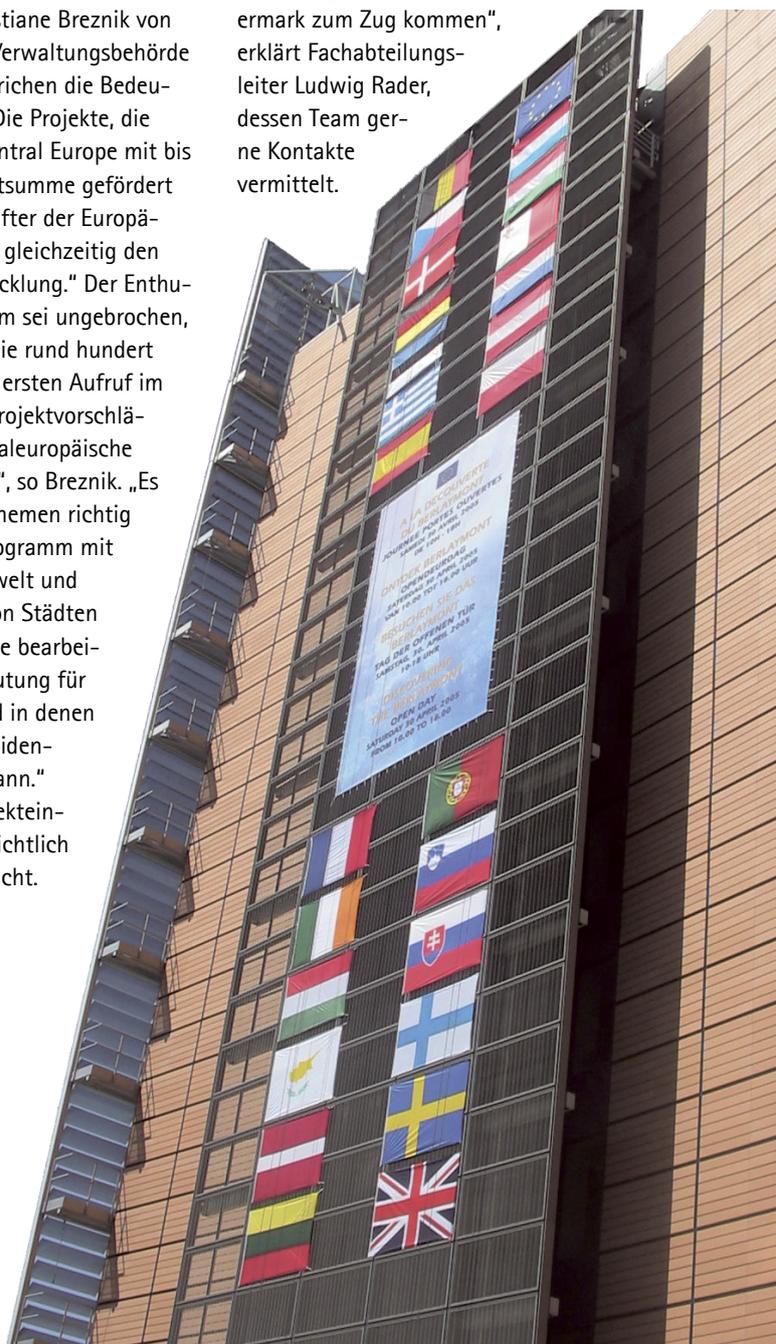
Zweiter Aufruf: Im Herbst 2009 gab es seitens des „Monitoring Committee“ grünes Licht für europaweit 37 Projekte. Auffallend: Bei 14 Projekten sind steirische Institutionen als Projektpartner integriert – ganz an der Spitze das Internationalisierungszentrum Steiermark ICS die Fachabteilung 18A, sowie die Steirische Wirtschaftsförderungs-GmbH SFG, die jeweils gleich bei mehreren Projekten den Zuschlag erhielten. Die Projekt-Details sollen in den nächsten Wochen veröffentlicht werden.

Dritter Aufruf: Voraussichtlich im März können aktuelle Vorhaben eingereicht werden. Mehr unter www.central2013.eu

Bei einer Konferenz vor Weihnachten in Verona stellte Colin Wolfe von der Europäischen Kommission die Vorteile der verstärkten Kooperation zwischen Regionen in den Mittelpunkt. „Viele Problemstellungen, etwa in der Wirtschaft, im Umweltbereich oder in Fragen der Infrastruktur können nicht von einem Mitgliedstaat alleine gelöst werden, deshalb unterstützen wir die Zusammenarbeit“, erklärte er. Walther Stöckl und Christiane Breznik von der in Wien ansässigen Verwaltungsbehörde „Central Europe“ unterstrichen die Bedeutung der Förderungen: „Die Projekte, die unter dem Programm Central Europe mit bis zu 85 Prozent der Projektsomme gefördert werden, sind die Botschafter der Europäischen Politik und helfen gleichzeitig den Regionen bei ihrer Entwicklung.“ Der Enthusiasmus für das Programm sei ungebrochen, so Breznik. Das zeigten die rund hundert Projekteinreichungen im ersten Aufruf im Jahr 2008 und die 180 Projektvorschläge im Vorjahr. „Der zentraleuropäische Raum ist sehr heterogen“, so Breznik. „Es zeigt sich aber, dass die Themen richtig gewählt sind und das Programm mit Innovation, Verkehr, Umwelt und Wettbewerbsfähigkeit von Städten und Regionen die Aspekte bearbeitet, die von großer Bedeutung für die Bevölkerung sind und in denen Kooperation den entscheidenden Mehrwert bringen kann.“ Der dritte Aufruf zu Projekteinreichungen wird voraussichtlich im März 2010 veröffentlicht. Das Volumen soll etwa 55 bis 60 Millionen Euro betragen. Rund 50 neue, sehr unterschiedliche Projektideen, darunter Infrastrukturverbesserungen

Primäres Ziel der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit ist eine Vernetzung zwischen Regionen.

für Radfahrer oder der verstärkte Einsatz von umweltfreundlichem Biogas, wurden bereits während der Jahreskonferenz in Verona vorgestellt und sollen beim dritten Aufruf gemeinsam mit einer Vielzahl weiterer Projekte eingereicht werden. „Wir streben an, dass – wie aktuell bei einem Vorhaben zum Baltisch-Adriatischen Verkehrskorridor – wieder einige Projekte mit Partnerregionen des Landes Steiermark zum Zug kommen“, erklärt Fachabteilungsleiter Ludwig Rader, dessen Team gerne Kontakte vermittelt.





„EU-aktivste Gemeinde Steiermark 2009“

Diesen Titel haben Bruck an der Mur und Schladming im Dezember zum Abschluss des Projektes „Gemeindeparterschaften und EU-Förderungsmöglichkeiten“, an dem insgesamt 323 Mandatäre und Verantwortungsträger aus steirischen Gemeinden teilgenommen hatten. Die Bürgermeister Bernd Rosenberger und Jürgen Winter erhielten entsprechende Urkunden von den beiden Europa-Parlamentariern Hella Ranner und Jörg Leichtfried überreicht. Am Foto auch Gemeindebund-Geschäftsführer Martin Ozimic (ganz links) sowie Städtebund-Geschäftsführer Stefan Höflechner, die das Projekt gemeinsam mit „europe direct“-Chefin Heidi Zikulnig erfolgreich abwickelten. Im Rahmen des Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ übernahm die EU 80 Prozent der Kosten.

Ausbau der Zusammenarbeit Steiermark – Aserbaidschan

Die Zusammenarbeit zwischen der Steiermark und Aserbaidschans Autonomer Region Nachitschewan wird konkreter: Mitte Dezember kam der Rektor der Staatlichen Universität Nachitschewans nach Graz, um die Kooperation mit der Karl Franzens-Universität zu besiegeln. Nach einem „Memorandum of Understanding“ sollen nationale und EU-Un-

terstützungen für Austausch-Programme (z.B. Erasmus-Gastprofessuren, Studentenaustausch etc.) beansprucht werden. Am Foto: Rektor Isa Habbibbeyli von der „Nakhchivan State University“ (links) ein Relief mit der für internationale Beziehungen der Universität Graz verantwortlichen Referentin Hildegard Weidacher-Gruber, der dem Europa-



Fachabteilungsleiter Mag. Ludwig Rader ein Reliefbild dem Berg Ararat überreichte, der in Sichtweite der Stadt liegt.



Zusammenarbeit des Landtags Steiermark mit der Vojvodina

Der steirische Landtagspräsident Dr. Kurt Flecker und sein Amtskollege aus Serbiens Autonomer Provinz Vojvodina, Sándor Egeresi, haben im November die engere Kooperation der beiden Länder vereinbart. Während der Föderalismus in ganz Europa unter finanziellen Druck gerät, bemüht sich die Vojvodina um mehr Autonomie innerhalb Serbiens. Bei einem Besuch einer Landtagsdelegation in Novi Sad, der Hauptstadt der Vojvodina, wurde ein intensiver Erfah-

rungsaustausch in den kommenden Jahren in den Bereichen Wirtschaft, Bildung, Umweltschutz und Kultur vereinbart. Der Delegation gehörten auch die Zweite Präsidentin Walburga Beutl sowie Landtagsabgeordnete Ilse Reinprecht an. Besonderes Interesse bekundete man in den Bereichen Wirtschaft, Bildung, Umweltschutz und Kultur, bereits im Frühjahr 2010 sollen steirische StudentInnen an einem internationalen Toleranz-Camp in der Vojvodina teilnehmen.



Impressum

Eigentümer und Herausgeber:

Amt der Steiermärkischen Landesregierung,
Fachabteilung Europa und Außenbeziehungen
„europe direct“-Informationsnetzwerk
des Landes Steiermark
Burgring 4, 8010 Graz
fa1e@stmk.gv.at

Redaktion:

Johannes Steinbach, Christa Eisner,
Sepp Reinprecht

Fotos:

Land Steiermark / „europe direct“

Druck:

MSS Digitaldruck GmbH, Kalsdorf bei Graz

Erscheinungsort:

Graz

Hergestellt auf chlorfrei gebleichtem Papier